

AGS: NACHRICHTEN

INFORMATIONSDIENST DER ARBEITSGEMEINSCHAFT SELBSTÄNDIGE IN NORDRHEIN-WESTFALEN

Herausgeber: Landesvorstand der AGSNRW

www.ags-in-nrw.de

Ausgabe **September 2010**

seite 1

Liebe Genossinnen und Genossen der AGSNRW, sehr geehrte Leserinnen und Leser!

Alle reden von Sarrazin – wir nicht. Auch wir könnten viel zu seinen unhaltbaren Thesen anmerken, nach dem Motto: Es ist zwar schon alles gesagt, aber noch nicht von Allen. Aber wir wollen lieber konstruktive Beiträge leisten, zur schon lange anhaltenden Diskussion um Mitbürger mit Migrationshintergrund, ihren (und unseren) Problemen und ihrer Position in unserer Gesellschaft. Dabei wollen wir uns als AGS auf den Teil dieser Bevölkerungsgruppe beschränken, der wirtschaftlich tätig ist.

Denken wir an Türken und deren Nachfahren als Unternehmer, so fällt uns zunächst der Gemüsehändler oder Döner-Anbieter in unserer Nachbarschaft ein. Das ist aber eine genau so unzulässige Reduzierung, als wenn man alle italienischen Unternehmer mit Pizza und Eis in Verbindung brächte. Die Vielfalt der türkischstämmigen Szene ist beachtlich.

Es ist aber für uns kein Nachteil, dass sich viele türkischstämmige Dienstleister mit Gastronomie und Lebensmittelhandel beschäftigen. Die Nahversorgung ist in vielen Stadtteilen nur noch durch den kleinen Markt „an der Ecke“, dem direkten Nachfolger unseres fast ausgestorbenen Tante-Emma-Ladens gesichert. Gerade ältere Mitbürger schätzen das, obwohl man Ihnen ansonsten gerne unterstellt, Fremdem und Fremden gegenüber eher misstrauisch bis ablehnend zu sein. Die Unterscheidung „guter Türke“ (= der Kaufmann an der Ecke oder der Arbeitskollege an der Werkbank) und „schlechter

Türke“ (= alle anderen türkischstämmigen Mitbürger, die man nicht persönlich kennt) ist leider nicht nur an Stammtischen zu finden. Wir möchten uns in dieser Ausgabe schwerpunktmäßig an der aktuellen Diskussion zur Migrationspolitik beteiligen – sachlich und konstruktiv.

Um besser urteilen zu können, sollte man öfter miteinander und nicht übereinander reden. Ich habe mich deshalb mit türkischen Mittelständlern in meiner Stadt Stolberg unterhalten („Gemüse, Döner und mehr?“, S. 7). Eine weitere Möglichkeit zum Dialog und zur Information bietet der „Tag der türkischen Wirtschaft“ in Düsseldorf (s. „Termine“ auf S. 16).

Auch in der Regierungserklärung von Hannelore Kraft findet das Thema „Integration“ Beachtung („Nachhaltige Integrationspolitik“, S. 8). Ein weiterer Beitrag ist ein Interview mit dem Hauptgeschäftsführer der IHK Aachen, Herrn Jürgen Drewes („Selbständige mit Migrationshintergrund“, S. 6).

Aber es gibt auch andere Themen, die wir schon lange pflegen:

Dazu gehört der regelmäßige Austausch mit der Handwerkskammer Düsseldorf und dem NRW-Handwerkstag über Handwerksangelegenheiten, Unternehmensethik und soziale Marktwirtschaft. In dieser Ausgabe finden unsere Leserinnen und Leser einen kommentierten Auszug aus einem Interview mit Dr. Köster, Hauptgeschäftsführer der HWK Düsseldorf, abgedruckt im Deutschen Handwerksblatt („Sackgasse Klientelpolitik“, S. 10).



Auch das Thema „Insolvenz“ begleiten wir weiterhin. Dazu fiel uns ein Artikel in der ZEIT auf („Insolvenz-Unrecht“, S. 12).

Das Redaktionsteam bemüht sich ständig um interessante Beiträge zu relevanten Themen, damit wir unsere Mitglieder und Abonnenten auch in Zukunft regelmäßig informieren können. Wir freuen uns über Anregungen, (konstruktive) Kritik, Stellungnahmen und besonders über Zusendung eigener Beiträge – sie helfen uns bei unserer Arbeit!



In diesem Sinne: Glück auf!

André Brümmer

AGS-Landesvorsitzender NRW

INHALT

- **INTERVIEW MIT HARRY VOIGTSBERGER:**
9 Fragen – 9 AntwortenS. 2
- **INTERVIEW: IHK AACHEN/MAASTRICHT:**
„Selbständige mit Migrationshintergrund“S. 6
- **INTERVIEW: SIDE**
„Gemüse, Döner und mehr?“S. 7
- **NACHHALTIGE INTEGRATIONSPOLITIK**
Aus der Regierungserklärung
von Hannelore Kraft.....S. 8
- **SPD/AGS**
Ausschreibung des Innovationspreises 2010S. 9
- **DR. THOMAS KÖSTER (HWK DÜSSELDORF):**
„Sackgasse Klientelpolitik“, kommentiert
von André Brümmer.....S. 10
- **AUS DER PRESSE ▶ „HANDWERKSBLATT“:**
„Selbständig und arbeitslosenversichert“S. 11
- **AUS DER PRESSE ▶ „DIE ZEIT“:**
„Insolvenz-Unrecht“S. 12
DAZU: PRESSEMITTEILUNG DER AGS(NRW)
„Keine vorschnelle Befriedung von
Steueransprüchen“S. 12
- **AUS DEN REGIONEN**
AGS EN & Jusos Witten: „Last-Minute-
Ausbildungsbörse“S. 12
- **KÖPFE DER AGS IN NRW**
Markus Sturm: „Innovationen für den
Mittelstand“S. 13
- **KURZ NOTIERT**
Finanzen • Versicherungen • Unternehmen •
Wirtschaft.....S. 14
- **WAS SONST NOCH WAR, TERMINE, IMPRESSUM**S. 16

INTERVIEW

INTERVIEW MIT HARRY VOIGTSBERGER

9 FRAGEN – 9 ANTWORTEN

Sehr geehrter Herr Minister, zunächst nochmals herzliche Glückwünsche zum neuen Amt. In diesem Interview möchten wir als die Vertreter von überwiegend kleineren Unternehmen aus Handwerk, Handel und Gewerbe wissen, was uns in NRW politisch erwartet.



Harry K. Voigtsberger,
Minister für Wirtschaft,
Energie, Bauen,
Wohnen und Verkehr

Ihre Vorgängerin, Frau Thoben, konnte keine wesentlichen Akzente setzen. Insbesondere die von ihr erwartete Unterstützung der klein- und mittelständischen Wirtschaft blieb aus. Die Menschen in NRW erwarten von der neuen Landesregierung im Gegensatz zu Schwarz-Gelb klares und zügiges Handeln. Die üblichen 100 Tage Schonfrist für eine neue Regierung werden schon jetzt in Frage gestellt. Diese Ungeduld ist unfair, aber verständlich.

Der Koalitionsvertrag ist die Grundlage der zukünftigen Arbeit der Landesregierung. Er lässt naturgemäß viele Fragen offen.

Beginnen wir mit einem Thema, das als ein Schwerpunkt des geplanten politischen Handelns der NRW-SPD und Bündnis90/Die Grünen erkennbar ist:

Beginnen wir mit einem Thema, das als ein Schwerpunkt des geplanten politischen Handelns der NRW-SPD und Bündnis90/Die Grünen erkennbar ist:

VEREINBARKEIT VON ÖKOLOGIE UND ÖKONOMIE

? Die SPD hat in ihrem Programm zur Landtagswahl im Falle einer Regierungsübernahme ein Investitionsprogramm versprochen, mit dem die energetische Sanierung von privaten und öffentlichen Gebäuden gefördert werden soll. Gibt es dazu bereits konkrete Pläne, und wenn ja: Welche Auswirkungen erwarten Sie auf die mittelständische Wirtschaft und das Handwerk?

H. Voigtsberger: Von den rund 8,5 Millionen Wohneinheiten in NRW stammen rund 4,6 Millionen aus der Zeit von 1949 bis 1978. Entsprechend liegt hier der größte bauliche Nachbesserungsbedarf. Gleichzeitig kommt es insbesondere bei den Sozialwohnungen darauf an, durch Fördermaßnahmen die Kaltmieten auf sozial tragbare Höhen zu begrenzen und die Energiekosten gering zu halten. Wir werden die Anstrengungen zur energetischen Sanierung des Wohnungsbestandes intensivieren und 2011 ein 200 Mio. €-Investitionsprogramm auflegen. Nicht zukunftsfähige Alt-Bestände werden durch hochenergieeffiziente Neubauten ersetzt. Davon werden die mittelständische Wirtschaft und das Handwerk in besonderem Maße profitieren. Denn die Investitionen bedeuten neue Aufträge für die regionale Wirtschaft.

? *Die schwarz-gelbe Landesregierung hat beim Klimaschutz stark gebremst. So war es in den vergangenen Jahren in NRW kaum möglich, alte Windkraftanlagen im sogenannten Repowering zu modernisieren oder gar neue Anlagen zu errichten. Darunter haben besonders die mittelständischen Unternehmen der Windkraftbranche in NRW gelitten. Wie wird sich das mit der neuen Landesregierung verändern?*

H. Voigtsberger: Nordrhein-Westfalen soll wieder Vorreiter in Sachen Windenergienutzung werden; der Anteil der Windenergie bis 2020 von heute unter 3 % auf 15 % der Stromerzeugung im Land steigen. Der Ersatz von Altanlagen durch leistungsfähigere neue Windkraftanlagen (Repowering) bildet hierbei ein erhebliches Potenzial. Allerdings sind Neuanlagen deutlich größer als die Altanlagen. Daher sind die planerischen Höhenbegrenzungen und Abstandsregelungen zu überprüfen. Bei möglichen Interessenkonflikten streben wir größtmöglichen Konsens an. Ausgewiesene Naturschutzgebiete kommen für die Ausweisung als Vorranggebiet für die Windenergienutzung nicht in Betracht. Für den Industriestandort NRW ist auch der beachtliche Beitrag der Hersteller von Windkraftanlagen

zur Wertschöpfung im Land bedeutsam. Im Jahr 2009 betrug der Umsatz rund 2 Mrd € bei rund 6.600 Beschäftigten. Das zeigt: Die Windenergiebranche expandiert in Nordrhein-Westfalen deutlich und kontinuierlich. Ihr Weltmarktanteil liegt bei rund 50 %, die Exportquote bei 60 %.

? *Die NRWSPD hat im Vorfeld der Landtagswahl das Konzept der ökologischen Leitmärkte entwickelt. Die Ökologisierung der Industrie wurde hier als politisches Projekt ausgerufen, bei dem mit Anreizen, neuen Rahmenbedingungen und politischen Impulsen ökologische Schlüsselindustrien für NRW geschaffen werden sollen. Auch im Koalitionsvertrag ist dieses Konzept verankert. Wie sehen Sie dieses Konzept, und gibt es konkrete Pläne zur Umsetzung?*

H. Voigtsberger: Eine wirkungsvolle Wirtschaftspolitik darf sich nicht verzetteln. Deshalb wollen wir uns auf Leitmärkte konzentrieren, in denen unsere Wirtschaft besondere Stärken aufweist oder die eindeutig auf das Ziel des umweltgerechten Handelns gerichtet sind.

Weltweit steigt der Bedarf an ökonomisch, sozial und ökologisch nachhaltigen Problemlösungen. Die nordrhein-westfälischen Unternehmen sind in unseren großen Industriebranchen und den mit ihnen verknüpften Dienstleistungsbereichen schon gut gerüstet, um diese Märkte im Weltmaßstab zu bedienen. Wir wollen sie darin unterstützen, noch besser zu werden.

? *Klimaschutz und Wirtschaftspolitik werden oft als Gegensatz dargestellt. Viele sind überzeugt, Klimaschutz koste nur viel Geld, böte aber keinerlei wirtschaftlichen Nutzen. Sehen Sie diesen Gegensatz, oder sehen Sie Chancen für die Wirtschaft, insbesondere für den Mittelstand, vom Klimaschutz und von erneuerbaren Energien zu profitieren?*

H. Voigtsberger: Als Willi Brandt in den sechziger Jahren den blauen Himmel über dem Ruhrgebiet proklamierte, galt dies als ehrgeizige Utopie. Heute

INTERVIEW

ist aus dieser Utopie schon lange Realität geworden. Und unsere Unternehmen machen mit den hier früh entwickelten Problemlösungen und Technologien weltweit gute Geschäfte. Der Klimaschutz dient als Motor für verschiedenste Industriebereiche, wovon insbesondere der heimische Mittelstand profitiert. Die global zunehmende Nutzung regenerativer Energien hat ein kontinuierlich steigendes Investitionsvolumen in regenerative Anlagentechnik zur Folge. Schwerpunkte sind unverändert die Sektoren Windenergie und Photovoltaik. Trotz der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise stiegen die entsprechenden Investitionen weiterhin. Von diesem anhaltenden Wachstum profitiert insbesondere die regional ansässige Industrie.

Abseits von Windkraft und Photovoltaik rücken im Bereich der regenerativen Energien in Nordrhein-Westfalen zunehmend weitere Betätigungsfelder in den Mittelpunkt. So sind beispielsweise verstärkte Aktivitäten im Bereich der Solar- und Geothermie zu verzeichnen. Gleiches gilt für den Biogasbereich.

? *Der Koalitionsvertrag ist ein Zusammenführen politischer Vorstellungen von SPD und Grünen. Wo setzen Sie als sozialdemokratischer Minister ihre persönlichen Akzente?*

H. Voigtsberger: Auch der Wirtschaftsminister eines so großen Landes wie NRW hat nur begrenzten Einfluss auf das reale Wirtschaftsgeschehen. Ich werde zuhören, was die Politik dazu beitragen kann. Ich werde für Argumente offen sein, aber auch für meine eigenen Überzeugungen werben.

Mein Ziel ist es mitzuhelfen, dass das Land einer der besten und begehrtesten Wirtschaftsstandorte in Europa wird. So erhalten und schaffen wir wettbewerbsfähige Arbeitsplätze, die den Menschen ein auskömmliches Leben aus eigener Kraft und ohne staatliche Zuschüsse gewährleisten. Dann werden – und das ist mir besonders wichtig – auch alle unsere Jugendlichen eine berufliche Perspektive bekommen.

? *Sie haben ein Ingenieur-Studium Flugzeugbau abgeschlossen, eine gute Voraussetzung als Wirtschaftsminister im Hightech-Land NRW! Es gibt vermehrt Vorbehalte gegen technische Projekte in Politik und Bevölkerung. Wie wollen Sie Ihre Erfahrungen aus einem naturwissenschaftlichen Studium nutzen, um mehr Akzeptanz für den Produktionsstandort NRW und die damit verbundenen Belastungen zu erreichen?*

H. Voigtsberger: Mein Hauptansatz ist die dialogorientierte Industriepolitik. Wirtschaft und Politik müssen die Bedeutung unserer Industrie für Wohlstand, Wachstum und Beschäftigung deutlich kommunizieren. Denn oft ist nicht einmal der unmittelbaren Nachbarschaft bekannt, welche Vielfalt an innovativen Verfahren, hocheffizienten Anlagen und weltweit begehrten Produkten sich hinter dem Begriff Industrie verbergen. Ich werde deshalb gemeinsam mit den Partnern der NRW Allianz Pro Industrie und Nachhaltigkeit, mit den Unternehmen, den Wirtschafts- und Arbeitgeberverbänden, den Industrie- und Handelskammern und den Gewerkschaften im DGB über die Vielfalt der Industrie und den Mehrwert für die Bevölkerung informieren.

Es werden landesweite, regionale und lokale Veranstaltungen und Projekte durchgeführt und kommunikativ begleitet. Als Beispiele möchte ich einen Industrieticker mit Kurznachrichten über den Industriestandort NRW oder lokale Tage der offenen Tür nennen.

HANDWERK

? *Wie soll ausgeschlossen werden, dass die Kommunalwirtschaft zur Bedrohung des lokalen Handwerks wird?*

H. Voigtsberger: Bei dem Gesetz zur Revitalisierung des Gemeindefortschrittsrechts geht es darum, die den kommunalen Unternehmen in den letzten Jah-

ren auferlegten Restriktionen zu beseitigen. Insbesondere soll sich den kommunalen Energieversorgern die Möglichkeit zum überregionalen Wettbewerb eröffnen, der auch Auslandsmärkte erfassen kann.

In diesem Zusammenhang möchte ich ausdrücklich betonen, dass die Maßnahmen nicht gegen das örtliche Handwerk gerichtet sind. Kommunale Unternehmen haben in der Vergangenheit immer mit dem örtlichen Handwerk zusammen gearbeitet und werden dies auch künftig tun. Eine stärkere kommunale Ausrichtung bietet gerade auch dem örtlichen Handwerk neue Chancen.

Ich bin zuversichtlich, dass man sich im Bereich der kommunalen energiewirtschaftlichen Betätigung mit dem örtlichen Handwerk auf einen Verhaltenskodex einigt. Er könnte zum Beispiel die Rücksichtnahme auf die jeweiligen



Belange erklären oder dass Leistungen vermehrt ausgeschrieben werden. Von einer Bedrohung für das lokale Handwerk kann daher nicht die Rede sein.

? *Im Koalitionsvertrag ist von lokaler Ökonomie die Rede. Die Opposition orakelt bereits von einer Konzentrierung der Förderung auf den Rhein/Ruhr-Raum. Wie wollen Sie diese Bedenken zerstreuen?*

H. Voigtsberger: Die Förderung von Projekten der lokalen Ökonomie erfolgt derzeit in den Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf. Diese Stadtteile gibt es landesweit, nicht nur im Ruhrgebiet. Eine Bevorzugung des Ruhrgebiets kann ich nicht erkennen. Mit der Einführung der Wettbewerbe in der vergangenen Legislaturperiode werden in großen Teilen des Ziel 2-Programms die Projekte nicht nach räumlicher Zuordnung gefördert, sondern aus-

schließlich nach festgelegten landesweit gültigen Qualitätskriterien. Deshalb kann ich die Sorge, der Rhein-Ruhr-Raum erfahre eine Konzentration der Fördermittel, nicht teilen.

? *Es soll ein neues Mittelstandsgesetz erarbeitet werden. Als AGSNRW bieten wir dazu gerne unsere Mitarbeit an. Wir kommen direkt aus der Praxis und können ggf. als Gegengewicht zu politisch anders gefärbten Verbandsvertretern die Interessen gerade kleiner Unternehmen vertreten, die sonst keine Lobby haben. Besteht die Möglichkeit, frühzeitig in die Entwurfsplanung eingebunden zu werden? Wie können wir uns als AGSNRW in Zukunft in die Landespolitik einbringen?*

H. Voigtsberger: Im Koalitionsvertrag haben sich SPD und Bündnis 90 / Die Grünen darauf verständigt, mit einem neuen Mittelstandsgesetz die wirtschaftliche Basis von kleinen und mittleren Unter-

nehmen zu stärken. Ein solches Gesetz ist zu allererst ein politisches Signal an den Mittelstand und unterstreicht seine Bedeutung für die Wirtschaft Nordrhein-Westfalens. Es muss zudem substanzielle Regelungen für eine bessere Förderung und Unterstützung des Mittelstands enthalten.

Wir werden die Erfahrungen mit dem ausgelaufenen Mittelstandsgesetz und die Erfahrungen anderer Länder in die Erarbeitung des neuen Gesetzes einbeziehen und die Wirtschaft, die Verbände und weitere Betroffene frühzeitig an dem Diskussionsprozess beteiligen.

! *Herr Minister, wir danken Ihnen für das Gespräch!*

*Das Interview führten André Brümmer und André Stinka.
Bildnachweis: NRW.de / Ralph Sondermann.*

SCHWERPUNKT: INTEGRATION

INTERVIEW: IHK AACHEN/MAASTRICHT SELBSTÄNDIGE MIT MIGRATIONSHINTERGRUND

André Brümmer fragte bei der IHK Aachen nach. Jürgen Drewes, deren Hauptgeschäftsführer, stand gerne für ein Interview zur Verfügung.

? *Die Thesen von Thilo Sarrazin lösten Empörung aus, sie verschärften die Diskussionen über die Integration von Migranten in Deutschland. Wie steht es um die Integration von Migranten im Kreise der Unternehmen?*



Jürgen Drewes (IHK)

J. Drewes: Generell ist die Unternehmenslandschaft multikultureller als man denkt. In der Region Aachen haben rund 9.100 Selbstständige einen Migrationshintergrund. Niederländer, Türken und Polen haben dabei den größten Anteil. Ein Drittel der im Handelsregister eingetragenen ausländischen Selbständigen ist im Handel tätig. 14 Prozent erbringen freiberufliche, wissenschaftliche oder technische Dienstleistungen, davon viele Spin-offs der RWTH. Von den Kleingewerbetreibenden sind mehr als die Hälfte im Handel und der Gastronomie aktiv. Interessant ist die Erkenntnis, dass ausländische Frauen überdurchschnittlich häufig den Weg in die Selbständigkeit beschreiten. Nach unseren Erkenntnissen sind diese Unternehmen völlig problemlos in der Wirtschaft integriert.

Unternehmer handeln rational, das heißt, man kauft dort, wo Qualität und Preis stimmen. Die ethnische Zuordnung spielt da weniger eine Rolle. Das beste Beispiel ist das vielfältige Gastronomieangebot.

? *Wie werden angehende Existenzgründer mit Migrationshintergrund in der Region Aachen unterstützt?*

J. Drewes: Zunächst steht auch dieser Gruppe das gesamte Angebot der gewerblichen Kammern und der Wirtschaftsförderung zur Verfügung. Unter dem Motto „Potenziale der Vielfalt“ hat die Region eine Strategie entwickelt, mit der die Potenziale von Unternehmerinnen und Unternehmern mit Migrationshintergrund für die regionale Wirtschaftsentwicklung besser gehoben werden können. Wir glauben fest daran, dass Regionen, die gezielt und mit Nachdruck die Möglichkeit dieser Gruppe zu nutzen verstehen, sich in Zukunft weitaus besser im nationalen und internationalen Wettbewerb der Regionen positionieren können.

Wir müssen aber noch besser werden: Konkret versuchen wir zum Beispiel durch eine Gründungs- und Festigungsberatung für Unternehmerinnen und Unternehmer, die von „Landsleuten“ durchgeführt wird, zielgruppengerichtete Beratungen vorzunehmen. Auch sollen von den Wirtschaftsförderungseinrichtungen junge Unternehmen mit Migrationshintergrund gezielt aufgesucht und beraten werden. Denn die Mobilisierung dieser Gruppe ist und bleibt schwierig.

? *Was macht Migranten zu erfolgreichen Unternehmern?*

J. Drewes: An erster Stelle wäre sicherlich die andere, vielfach optimistischere Einstellung zur Selbständigkeit zu nennen. In vielen Ländern bilden Klein- und Kleinstbetriebe das Rückgrat der Wirtschaft. Dementsprechend sind viele Personen mit dem täglichen Alltag der Selbständigkeit vertraut. Hier lassen sich durch gute Mobilisierung viele Existenzgründungen entwickeln. Die Zusammenarbeit im Familienverbund spielt ebenso eine große Rolle. Durch den Zusammenhalt untereinander lassen sich Geschäftsmodelle ermöglichen, die in einer streng arbeitsteiligen Wirtschaft schwer realisierbar wären. Das geht bis hin in den Bereich der Finanzierung, in dem durch Verwandtendarlehen die finanzielle Unternehmensbasis geschaffen wird.

SCHWERPUNKT: INTEGRATION

? *Haben Sie Beispiele für erfolgreiche Unternehmer?*

J. Drewes: Ein Musterbeispiel ist sicherlich Kemal Sahin, der mit seiner Sahinler/Santex-Gruppe in den letzten Jahrzehnten eine weltweit aktive Unternehmensgruppe im Bereich der Textilwirtschaft aufgebaut hat, die zwischenzeitlich auch in andere Wirtschaftsbereiche expandiert. Er engagiert sich zudem in der Deutsch-Türkischen IHK und weiteren Initiativen.

Ein anderes gutes Beispiel ist sicherlich die Solitem GmbH von Ahmed Lokurlu. Aufbauend auf dem Know-How deutscher Wissenschaftseinrichtungen hat er Systeme zur Kühlung und Hitzeerzeugung durch Solartechnik entwickelt. Diese Systeme werden überwiegend in heißen Entwicklungsländern eingesetzt. Hier kommt dem Firmeninhaber sicherlich seine multikulturelle Ausprägung zugute.

? *Nach Expertenmeinung wird Deutschland mittelfristig nicht ohne Zuwanderung auskommen. Wie wird sichergestellt, dass eine ausländische Ausbildung bei uns anerkannt wird?*

J. Drewes: Wir rechnen damit, dass sich das Zuwanderungsgesetz in den nächsten Jahren öffnen wird und stärker auf die benötigten fachlichen Qualitäten ausgerichtet wird. Im Laufe des nächsten Jahres wird das Gesetz für die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse verabschiedet werden. Im Vorgriff auf die neuen gesetzlichen Regelungen sind die Industrie- und Handelskammern derzeit dabei, eine zentrale Anerkennungsstelle einzurichten. So soll erreicht werden, dass Zuwanderer möglichst schnell in den Arbeitsmarkt integriert werden können.

? *Ein häufig gehörter Vorwurf ist die mangelnde Ausbildungsbereitschaft ausländischer Jugendlicher. Welche Erfahrungen haben Sie in der Region Aachen?*

J. Drewes: Auch hier ist Licht und Schatten. Auf der einen Seite gibt es große Anzahl ausländischer Ju-

gendlicher mit hervorragenden Bildungsbiografien und ausgezeichneten Abschlüssen. Dem gegenüber steht vielfach eine große Gruppe schulmüder Jugendlicher. Wir versuchen hier durch Patenschaften und Coaching eine Berufsausbildung zu unterstützen. Dazu gehört auch, dass wir Unternehmer und Unternehmerinnen mit Migrationshintergrund über Fragen der betrieblichen Ausbildung informieren und sie bei der Schaffung von Lehrstellen unterstützen. <

INTERVIEW: SIDE GEMÜSE, DÖNER UND MEHR?

Wir wollten mehr über die wirtschaftliche Betätigung von Mitbürgern mit (türkischem) Migrationshintergrund wissen. Womit verdienen türkischstämmige Selbständige ihren Lebensunterhalt? Sind mehr als Döner und Gemüse im Angebot? Wir suchen uns Stolberg aus, eine Kleinstadt mit 60.000 Einwohnern, davon etwa 10 Prozent mit Migrationshintergrund. Hier trafen wir uns mit Vertretern der SIDE (Verein der türkischen Mittelständischen Betriebe in Stolberg).

? *Welche Unternehmen vertreten Sie?*

SIDE: Wir vertreten 65 Gewerbetreibende mit 27 verschiedenen Betriebsarten aus Handel (Lebensmittel, Möbel, Teppiche), Handwerk (Elektro, Sanitär, Bäcker, Landschaftsbau, Hochbau), Freiberufler und Dienstleister (Fahrschule, Transportunternehmer, Grafik und Werbung, Personalleasing, Hotelgewerbe).

? *Erzählen Sie uns mehr zu diesen Unternehmern.*

SIDE: Meist gehören sie der zweiten Generation an und sind Familienunternehmen. Es gibt aber auch türkische Unternehmen mit anderen Rechtsformen und Unternehmen, die von der ersten Einwanderergeneration gegründet sind und in Nachfolge bestehen.

SCHWERPUNKT: INTEGRATION

? *Gibt es eine besondere „Unternehmenskultur“ bei Ihnen?*

SIDE: Ja, die Hilfe untereinander ist groß. Wir arbeiten oft zusammen und sind eher Partner als Konkurrenten.



André Brümmer traf sich in Stolberg mit einigen Vertretern von SIDE (v.l.n.r.): Mehmet Ekin, Ahmet Ekin, André Brümmer, Seyfettin Dinsc, Hasan Sahin

? *Wie sieht es mit Ausbildung in Ihren Betrieben aus?*

SIDE: Ein großes Problem ist die fehlende Anerkennung unserer in der Türkei erworbenen akademischen- und Berufsabschlüsse. Ein Friseur aus Rumänien hat nicht die Probleme seines türkischen Kollegen. Ohne anerkannten Abschluss gibt es keine Erlaubnis zur Ausbildung. Wir könnten viele türkische, aber auch deutsche junge Menschen von der Straße holen, wenn wir dürften.

? *Warum gehen vermehrt gut ausgebildete junge Türiinnen und Türiken in ihre Heimat zurück?*

SIDE: In der Türkei hat sich die Wirtschaft in den letzten 8 Jahren außergewöhnlich gut entwickelt. Dort braucht (und schätzt) man unsere jungen Leute. Sie verdienen dort mehr und erhalten mehr Anerkennung.

? *Wie ist das Verhältnis zu Ihren deutschen Kollegen?*

SIDE: Das ist sehr unterschiedlich. Die SIDE soll Brücke sein zwischen Deutschen und Migranten aller Nationen.

? *Ist das Verhältnis zwischen Ihnen und deutschen Mitbürgern in letzter Zeit besser oder schlechter geworden, hat es sich überhaupt merklich verändert?*

SIDE: Es ist deutlich besser geworden durch zunehmend bessere Sprachkenntnisse bei unseren Leuten und mehr Austausch zwischen den beiden Kulturen. Dabei hilft auch der Tourismus.

! *Wir danken für dieses Gespräch und die Informationen. Mit dem Thema „Migration und Ausbildung“ werden wir uns als AGS weiterhin intensiv beschäftigen.*

NACHHALTIGE INTEGRATIONSPOLITIK AUS DER REGIERUNGSERKLÄRUNG VON HANNELORE KRAFT

Sozialer Friede und sozialer Zusammenhalt brauchen eine nachhaltige Integrationspolitik. Sie ist eine herausragende Aufgabe von Politik und Staat, von Land und Kommunen, quer durch alle Ressorts und quer durch alle Bereiche, in denen Politik Verantwortung trägt.

Sie ist aber kein exklusives Feld der Politik, sondern zugleich eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung ersten Ranges. Auch nachhaltige Integrationspolitik ist präventive Politik. Sie muss bei den Kleinsten beginnen und ist noch lange nicht abgearbeitet, wenn sie das Erwachsenenalter erreicht haben.

Das wissen wir nicht erst seit der aktuellen Debatte um tatsächliche oder vermeintliche Verfehlungen und Missstände in der Integrationspolitik in Deutschland. Und wir brauchten nicht erst diese Debatte, um zu wissen, was auch bei uns in Nordrhein-Westfalen falsch gelaufen ist.

SCHWERPUNKT: INTEGRATION

Pseudowissenschaftlich untermauerte Allgemeinplätze und verallgemeinerte persönliche Erfahrungen nach dem Motto „Man wird ja wohl noch sagen dürfen“ helfen genauso wenig weiter wie die Beschönigung oder Verdrängung der Wirklichkeit, so schmerzhaft sie an vielen Stellen ist – trotz aller Bemühungen und Erfolge um eine dauerhafte Integration von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte.

Integration ist nicht Assimilation, Integration setzt nicht nur die Bereitschaft voraus, integrieren zu wollen, sondern mindestens auch, sich integrieren lassen zu wollen. Dass wir bei der Integration erfolgreicher sein müssen, haben alle Fraktionen des Landtags bereits im Jahre 2001 mit ihrer gemeinsamen Integrationsoffensive anerkannt. Die Zusammenarbeit der Landesregierung mit den Kommunen, den Kirchen, den Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege, mit vielen gesellschaftlichen Gruppen und nicht zuletzt mit den Organisationen der Eingewanderten hat sich bewährt. Diese gemeinsame Integrationspolitik wollen wir mit einem eigenen Integrationsgesetz stützen. Es wird Klarheit und Verbindlichkeit bei Zielen und Aufgaben schaffen.

Mehr Integration heißt auch: mehr Partizipation. Ein weiterer wichtiger Schritt für mehr Teilhabe wird das kommunale Wahlrecht für Bürgerinnen und Bürger sein, die nicht aus einem Land der EU stammen. Wir werden uns auf Landes- und auf Bundesebene für die Einführung des kommunalen Wahlrechts für sie einsetzen. Dazu brauchen wir eine Änderung des Grundgesetzes, die wir nur mit großer Geschlossenheit und Gemeinsamkeit der Nordrhein-Westfalen im Landtag und im Bundestag erreichen könnten.

Wir wissen, dass Gesetze keine neuen Wirklichkeiten schaffen. Aber wir können sie Stück für Stück besser machen, damit das legendäre „Wir in NRW“ für alle Menschen bei uns gilt. Wir alle sind Nordrhein-Westfalen! <

SPD / AGS

AUSSCHREIBUNG DES INNOVATIONSPREISES 2010

Der Innovationspreis von SPD und AGS, der Mittelstandsvereinigung in der SPD, wird einmal im Jahr an innovative, erfolgreiche und sozial verantwortliche Unternehmer/innen oder wirtschaftlich tätige Organisationen verliehen.

Der Preis wird im Rahmen eines Wirtschaftsempfangs vor Vertreterinnen und Vertretern aus Politik, Verbänden und Unternehmen verliehen. Die Preisträger erhalten eine Urkunde und eine Preisskulptur. Von besonderer Bedeutung bei der Auswahl der Preisträger/innen sind die Innovationskraft (neue Produkte / Dienstleistungen oder neue Wege der Unternehmensführung), unternehmerische Initiative, ökologische Arbeits- und Produktansätze sowie soziales Engagement und nachhaltige Beschäftigung.

Der **Innovationspreis 2010** steht unter dem Motto **„Neue Kreativität und Innovationskraft – Unternehmerinnen und Unternehmer mit Migrationshintergrund“**.

Mit dem Innovationspreis sollen Unternehmer/innen oder wirtschaftlich tätige Organisationen gewürdigt werden, die einen besonderen Beitrag zur Selbständigkeit von Menschen mit Migrationshintergrund geleistet haben. Dieses betrifft sowohl Unternehmer/innen, die ein Geschäftsmodell aus einem anderen Kultur- und Wirtschaftskreis erfolgreich auf dem deutschen Markt etabliert haben, als auch Unternehmer/innen und Organisationen, die sich in ihrem Wirken im besonderen Maße um die Förderung der Selbständigkeit von Menschen mit Migrationshintergrund bemüht haben. Mit der Ausschreibung angesprochen werden sollen insbesondere auch Unternehmer/innen, die selbst einen Migrationshintergrund haben.

Weitere Informationen zu den Bewerbungskriterien erhalten Sie per eMail an redaktion@ags-in-nrw.de. Einsendeschluss ist der **15.10.2010!** <

DR. THOMAS KÖSTER:

„SACKGASSE KLIENTELPOLITIK“ – DER VOLLHAFTENDE UNTERNEHMER UND DIE KLIENTELPOLITIK VON SCHWARZ/GELB

Im „Deutschen Handwerksblatt“ vom 26.08.10 steht ein interessantes Interview mit Dr. Thomas Köster, Hauptgeschäftsführer der HWK Düsseldorf. Lesen Sie hier Auszüge des Interviews, ausgewählt und kommentiert von André Brümmer.

Unter der Überschrift „Sackgasse Klientelpolitik“ prangert Dr. Köster willkürliche Steuergeschenke an eine bestimmte Branche (ermäßigter Steuersatz für Hotelübernachtungen) als prinzipienlose Klientelpolitik an. Ebenso wie die gänzliche Mehrwertsteuerbefreiung des gesamten Bankensektors sind das für den Ordnungspolitiker Dr. Köster Beispiele prinzipienloser Klientelpolitik.

Der als konsequenter Vertreter der sozialen Marktwirtschaft bekannte Dr. Köster fordert in dem Interview eine ordnungspolitisch fundierte Mittelstandspolitik. Dazu gehört die Neuordnung der ermäßigten Mehrwertsteuersätze, abhängig von klaren und allgemeinen Prinzipien, z. B. vom Grad der Lohnintensität einer Branche.

Zitat Dr. Köster: *„Jede politische Einzelentscheidung muss sich letzten Endes am Maßstab des Gemeinwohls messen lassen. Klientelpolitik, die einzelne Gruppen vor lästigem Wettbewerbsdruck abschirmt, ist falsch! Die Wirtschaftspolitik hat die Aufgabe, einen fairen Leistungswettbewerb zwischen den Marktteilnehmern zu gewährleisten, aber sie soll niemandem dabei besondere Vorteile zuschanzen oder die Ergebnisse des Wettbewerbs vorwegnehmen. Deshalb darf es auch nicht sein, dass es Vorteile für die Kapitalgesellschaften gegenüber den Personengesellschaften in unserem Steuersystem gibt.“*

Für Dr. Köster sind die *„voll haftenden Unternehmer Vorbilder unserer Wirtschaftsordnung, die es gleich zu behandeln gilt.“* Er nennt Handwerksmeister und ihre Mitarbeiter als täglich vorgelebtes Beispiel für die *„Verantwortungskultur des Mittelstandes“*. Im Interview wird auch das Thema „Subventionen“ angesprochen, ein Eingriff in die soziale Marktwirtschaft,

den Dr. Köster ablehnt: *„Grundsätzlich braucht der Mittelstand keine Subventionen, weil er stark am Markt agieren kann. Wenn jedoch etwa in der Wirtschafts- oder Forschungsförderung die großen Marktteilnehmer eine Förderung erhalten und der Mittelstand dann nicht mehr mithalten kann, schafft die Politik eine Benachteiligung des Mittelstandes, die man nicht klaglos hinnehmen darf. Die Abschaffung falscher Subventionen ist immer besser als die Einführung von Gegesubventionen, mit denen man unerwünschte Nebenfolgen von ersteren korrigieren will.“*

Auch *„mittelstandsfreundliche Subventionen“* finden keinen Beifall von Dr. Köster – es sei denn, sie dienen der Förderung junger Menschen (Lehrlinge, Meister, Existenzgründer). Hier sieht er den Staat in Mitverantwortung für die berufliche Bildung: *„Die Meistergründungsprämie ist keine Dauersubvention gegen die Logik des Marktes, sondern als einmalige Förderung eine überaus erfolgreiche Maßnahme, um die Marktzutrittsschwelle für neu gegründete Unternehmen abzusenken [...] Durch die Meistergründungsprämie werden die Regeneration des Betriebsbestandes und der echte Leistungswettbewerb gefördert.“*

Zur Subvention von Energieeffizienz und die Bedeutung der Gebäudesanierung für das Handwerk schreibt Dr. Köster: *„Es geht (vielmehr) um Energieeffizienz und die Erreichung der hochgesteckten Klimaziele. Das Kriterium ist hier nicht, ob sie dem Handwerk nützt, sondern ob auf dem Energiemarkt ein Marktversagen vorliegt, das die Subventionen zumindest vorübergehend rechtfertigt. Wenn die Förderung der Energie-Effizienz nur aus Gefälligkeit gegenüber dem Handwerk stattfände, müsste man sie sofort abschaffen. Denn dann wäre der Maßstab des Gemeinwohls nicht erfüllt. Überdies würden die Handwerksbetriebe, die sich auf eine solche Subvention verlassen würden, über kurz oder lang ein Fiasko erleben – nämlich dann, wenn die Politik aus der Subvention aussteigt. Die Subventionierung der Landwirtschaft ist hier ein warnendes Beispiel.“*

Es ist bemerkenswert, wie sich Dr. Köster gegen Subventionen ausspricht, wenn sie von der Politik als Gefälligkeitsleistung zu Gunsten bestimmter

Branchen vergeben werden. Das ist konsequent von ihm, dem Leiter des Kompetenzzentrums „Soziale Marktwirtschaft“ des NRW-Handwerkstages. Die ungenierte Belohnung von Spenden aus dem Hotelgewerbe sind nur ein Beispiel für Subventionsskandale. Oft ist es die Macht von Lobbyisten, die zu wettbewerbsverzerrenden und damit mittelstandsfeindlichen Beschlüssen der Politik führt. Die aktuelle Diskussion um den Einfluss der vier Energie-Riesen auf die Beschlüsse der Bundesregierung sollte zu einer allgemeinen Neubewertung von Subventionspolitik führen.

Auch in unserer Partei ist die Neigung vorhanden, Subventionen zu fordern, ohne ausreichend über Langzeit-Folgen nachzudenken.

Die AGS sollte dazu beitragen, das gesamte Subventionswesen auf den Prüfstein zu stellen. Subventionen zum Wohl der gesamten Volkswirtschaft sind vertretbar, müssen aber zeitlich begrenzt werden. Ein Beispiel dazu ist die notwendige Begleitung von Strukturwandel. Dagegen sind Gefälligkeits-Subventionen als Dank für Parteispenden Ausdruck eines Tiefpunktes politischer Kultur! <

AUS DER PRESSE

„HANDWERKSBLATT“ (26.08.2010) SELBSTSTÄNDIG UND ARBEITSLOSENVERSICHERT?

Auch Selbstständige können sich freiwillig gegen Arbeitslosigkeit versichern. Für 2011 stehen Änderungen an.

Der Bundestag hat im Juli 2010 dem Beschäftigungschancengesetz zugestimmt. Die freiwillige Arbeitslosenversicherung für Selbstständige bzw. das „Versicherungspflichtverhältnis auf Antrag“ wird unbefristet fortgeführt. Beantragen können Sie die Leistungen, wenn Sie mehr als 15 Stunden in der Woche selbstständig arbeiten. Darüber hinaus werden ab 1. Januar 2011 voraussichtlich folgende Änderungen in Kraft treten:

Wer ab 1. Januar 2011 als Selbstständiger in die Arbeitslosenversicherung einbezahlt, kann nach fünf Jahren und dann jeweils mit einer dreimonatigen Frist das Versicherungsverhältnis kündigen. Die Versicherung endet auch dann, wenn der Versicherte mit drei Monatsbeiträgen im Rückstand ist. Wer bereits als Selbstständiger versichert ist und ab 2011 nicht weiter in der Arbeitslosenversicherung bleiben möchte, erhält bis zum 31. Dezember 2010 ein Sonderkündungsrecht, das bis zum 31. März 2011 rückwirkend ausgesprochen werden kann. Der Antrag muss spätestens innerhalb von drei Monaten und nicht mehr als einen Monat nach Aufnahme der selbstständigen Tätigkeit bei der Agentur für Arbeit gestellt werden.

Der monatliche Beitrag bemisst sich ab 2011 an der halben und ab 2012 an der vollen Bezugsgröße (= jährlich neu berechnete Rechengröße in der gesetzlichen Sozialversicherung). Damit steigen die Beiträge von derzeit 17,89 € (alte Länder) bzw. 15,19 € (neue Länder) ab 2011 auf ca. 38 € bzw. ca. 32 € und ab 2012 auf das Doppelte.

Für Existenzgründer ist prinzipiell immer folgende Sonderregelung vorgesehen: Innerhalb des ersten Jahres nach Aufnahme der Tätigkeit zahlen sie einen hälftigen Beitrag von zirka 38 € bzw. zirka 32 €. Wer ab 2011 zweimal als Selbstständiger Arbeitslosengeld bezieht, wird in der Regel nicht mehr als Selbstständiger in die Arbeitslosenversicherung aufgenommen. Damit die Änderungen in der Arbeitslosenversicherung für Selbstständige zum 1. Januar 2011 in Kraft treten, muss der Gesetzentwurf am 24. September 2010 noch durch den Bundesrat. Die Verabschiedung erfolgt voraussichtlich im vierten Quartal 2010. <

**„DIE ZEIT“ (AUSG. NR. 37 VOM 09.09.2010):
INSOLVENZ-UNRECHT**

Die Proteste gegen die von der Regierungskoalition geplanten Änderungen des Insolvenzrechts reißen nicht ab. Jetzt hat die Gläubigerschutzvereinigung Deutschland (GSV) vor „fatalen wirtschaftlichen Folgen“ gewarnt, wenn der Fiskus beim Zugriff wieder bevorzugt würde.

Die 2009 gegründete Vereinigung ist eine gemeinnützige Einrichtung, die die Interessen jener Gläubiger vertritt, die bei Firmenpleiten meist die Zeche zahlen müssen, weil sie anders als die Banken keine Sicherheiten haben. Dazu zählen vor allem kleinere Lieferanten und Zulieferer, aber auch die Sozialversicherungskassen. Die ungesicherten Gläubiger sind auch die Hauptleidtragenden, wenn künftig bei Insolvenzen wieder das Finanzamt privilegiert wird, wie es die Regierung im Rahmen des sogenannten Sparpakets neu regeln will. „Manch ein Insolvenzverfahren wird künftig nicht mehr eröffnet werden können“, sagt Hans Haarmeyer, Hochschullehrer und Vorsitzender der Vereinigung. Für viele sonst mögliche Sanierungen werde das Geld fehlen. Wenn das Finanzamt seine Steuerforderungen im Verfahren stärker durchsetzen kann, werden die übrigen Gläubiger des Pleiteunternehmens benachteiligt. Der Gläubigerverein fordert von der Regierung, auf die geplante Änderung zu verzichten. <
(s. Pressemitteilung der AGS in der rechten Spalte!)

**PRESSEMITTEILUNG DER AGSNRW:
INSOLVENZABWICKLUNG: KEINE
VORSCHNELLE BEFRIEDIGUNG VON
STEUERANSPRÜCHEN**

Die Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der SPD hat sich entschieden gegen die auch innerhalb der Regierungsparteien umstrittene Wiedereinführung des sog. „Fiskus-Privilegs“ ausgesprochen.

Die Wiedereinführung des ersten Zugriffs der staatlichen Finanzverwaltung („... auf das Firmenvermögen zur Deckung staatlicher Ansprüche“, d. Red.) wird die Sanierung von Unternehmen im Insolvenzfall erschweren. Die Priorität muss auf dem Erhalt der Unternehmen und ihrer Arbeitsplätze, nicht auf der vorschnellen Befriedigung von Steueransprüchen liegen“, so der neue AGS-Bundesvorsitzende Sven Kaerkes.

Die von Schäuble prognostizierten Mehreinnahmen seien eine Luftnummer. Langfristig komme der Erhalt von Unternehmen den Staat viel günstiger als die kurzfristigen Geldflüsse bei der Abwicklung. Zudem könnten durch Dominoeffekte weitere, insbesondere kleinere und mittlere Unternehmen, in Zahlungsschwierigkeiten geraten.

„Das von Schäuble vorgelegte Sparpaket ist nicht nur sozial unausgewogen, sondern auch ohne wirtschaftspolitischen Weitblick.“, so Kaerkes abschließend. <

(Die Abgabe dieser Presseerklärung der Bundes-AGS wurde von der AGSNRW angeregt.)

AUS DEN AGS-REGIONEN

**AGS ENNEPE-RUHR & JUSOS WITTEN
LAST-MINUTE-AUSBILDUNGSBÖRSE**

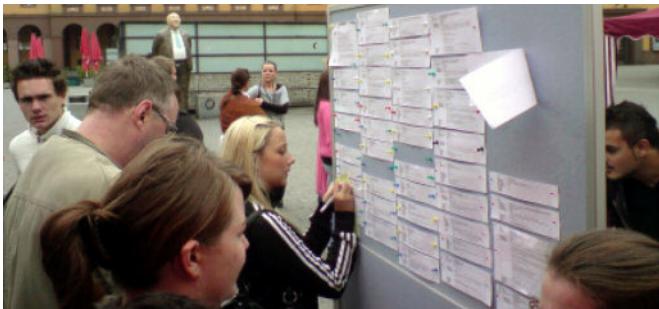
„Viele kleine und große Fragezeichen geklärt“ – die Ausbildungsbörse von Jusos und AGS war wieder ein großer Erfolg, mit gutem Besuch und einer breiten Lehrstellen-Palette.

Über 200 Jugendliche, weit mehr als 150 Lehrstellen für 2011 und rund 80 noch für dieses Jahr: Die Bilanz der Ausbildungsbörse der Wittener Jusos und der Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der SPD war auch in diesem Jahr sehr positiv. Ob Koch oder Industriekaufmann, Pferdewirt oder Informatiker: Die Palette der noch freien Ausbildungsplätze für

dieses Jahr war wieder groß – und das, obwohl das Lehrjahr schon längst gestartet ist. Erneut haben sich die Jusos die Mühe gemacht, jeden einzelnen Platz in Witten und Umgebung abzutelefonieren. Schließlich sollten sich die Jugendlichen nicht umsonst bewerben und falsche Hoffnungen machen. „Die Aktualität der Angebote ist für uns sehr wichtig“, betont der Wittener Juso-Vorsitzende Tim Richter. Doch nicht nur das noch offene Lehrstellen-Angebot fand großen Andrang – auch die Gratis-Bewerbungsfotos des Wittener Fotografen Thomas Witte, das Informationsangebot der Arbeitsagentur Hagen und die Beratungsgespräche der erfahrenen AGS-Mitglieder wurden stark nachgefragt. Frank Jakob,



Spediteur und Vorsitzender der AGS Ennepe-Ruhr: „Man hat gemerkt, dass das Thema Ausbildung den Jugendlichen unter den Nägeln brennt. Und da gibt es natürlich viele kleine und große Fragezeichen, die man vor der Unterschrift unter dem Ausbildungsvertrag geklärt haben möchte.“



Viele Jugendliche habe interessiert, wie man sich am besten bei einer Bewerbung ausdrücken soll oder etwa ob sich eine Bewerbung mit schwächeren Noten als den geforderten überhaupt lohnt. Auch Tim Richter zieht ein rundum positives Resümee: „Als wir die Ausbildungsbörse 2008 ins Leben gerufen haben, haben wir gemerkt, dass so ein Angebot in Witten gefehlt hat. Viele Jugendliche sind froh, wenn sie Unterstützung bei so einem wichtigen Thema bekommen.“ Und die geht weiter: Die freien Lehrstellen für 2010 und 2011 werden, wie in den vergangenen Jahre auch, den weiterführenden Schulen in Witten zur Verfügung gestellt. <

DIE „KÖPFE“ DER AGS IN NRW

Heute: **MARKUS STURM**

Innovationen für den Mittelstand



Markus Sturm

Es heißt immer: Der Mittelstand bildet das Rückgrat unserer Wirtschaft. Doch schaut man sich in der Praxis mal um, was für klassische KMU getan wird und wer sich für sie einsetzt, so wird man schnell enttäuscht. Namhafte Unternehmensberatungen picken sich höchstens die Rosinen raus. Sogenannte Interessenverbände der deutschen Wirtschaft scheinen zu Clüßchen von Lobbyisten weniger Großunternehmen zu verkommen. Und von einer CDU-Mittelstandsvereinigung, die sich lieber für eine veraltete Technologie wie die Atomkraft stark macht, anstatt sich für erneuerbare Energien einzusetzen, die gerade bei vielen Mittelständlern neue Arbeitsplätze schaffen, will ich gar nicht erst anfangen.

Es musste erst eine sozialdemokratische Regierung unter Kanzler Gerhard Schröder kommen, so dass wichtige Reformen angepackt wurden, die gerade mittelständischen Unternehmen halfen, stärker zu wachsen und in wirtschaftlich schwierigen Zeiten Arbeitsplätze zu sichern.

Seit 2002 bin ich deshalb auch SPD-Mitglied. Während meines Studiums zum Wirtschaftsingenieur ging ich dann – zunächst wegen der neu eingeführten Studiengebühren ;-)- den Weg in die Selbständigkeit und unterstützte mehrere mittelständische Unternehmen im Raum Duisburg bei der Entwicklung und Vermarktung Ihrer Produkte.

Zur selben Zeit etwa lernte ich auch die AGS kennen und mein Interesse, ein richtiges Unternehmen mit einem neuartigen Dienstleistungskonzept aufzubauen, welches speziell auf kleine und mittelständische Unternehmen ausgerichtet ist, wuchs beständig.

Nachdem ich dafür Mitte 2008 auch noch den Existenzgründerpreis erhielt, entschied ich mich Anfang

2009 zur offiziellen Gründung der **STURM Engineering & Marketing GmbH**, die nun speziell mittelständische Unternehmen aus den vielfältigsten Branchen parallel bei der Entwicklung und Vermarktung neuer Produkte unterstützt, angefangen von der Produktidee, über seine technische Entwicklung bis zur Einführung des fertigen Produkts in den Markt und darüber hinaus. In enger Abstimmung mit unseren Kunden entwickeln wir individuelle Lösungskonzepte, um dem Ziel einer erfolgreichen Produktentwicklung, die nachhaltige Wettbewerbsvorteile für das jeweilige Unternehmen bringen soll, Rechnung tragen zu können. Mittlerweile suchen auch immer mehr Großunternehmen wie Siemens, VW uvm. unsere Unterstützung.

Damit unsere Lösungen anschließend nicht „im Sande verlaufen“ und eine effiziente Umsetzung erreicht werden kann, haben wir uns auf den Einsatz von 3D-Technologien spezialisiert, da 3D-CAD-Daten heutzutage das Rückgrat jeder erfolgreichen Produktentwicklung bilden. Zu diesen 3D-Technologien gehört z.B. das 3D-Scanning. Mit Hilfe dieser Technologie ist es möglich, physische Objekte (seien es Körperteile oder technische Bauteile) dreidimensional zu vermessen und in ein CAD-System zu überführen:



3D-Scan einer smart-Rückleuchte

Wir setzen dieses Verfahren bei unseren Kunden üblicherweise mit der Zielsetzung ein, neue Produkte wie Zuliefer- oder Ersatzteile bspw. in der Automobilindustrie direkt auf Basis dieser Vermessungsdaten marktgerecht und ohne weitere Umwege über andere Unternehmen wie bspw. OEM-Hersteller entwickeln zu können. <

> **Kontakt:** www.sturm-em.com

◀ KURZ NOTIERT ▶

◀ FINANZEN ▶

Volksbanken und Raiffeisenbanken bauen Firmenkredite aus

Die Volksbanken und Raiffeisenbanken haben die Vergabe von Firmenkrediten zur Jahresmitte kräftig gesteigert. Das teilte der Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR) mit.

Höchste Zuwachsrate seit zehn Jahren

Demnach erhöhte sich das Volumen der erteilten Firmenkredite im Vergleich zum Vorjahr um 5,0 % auf 171,1 Mrd. Euro. „Die Volksbanken und Raiffeisenbanken festigen damit in der wirtschaftlichen Erholung ihre Position als verlässlicher Finanzierungspartner des Mittelstands gegen den Trend“, sagte BVR-Päsident Uwe Fröhlich. Der Bestand an Firmenkunden-Krediten nahm dem BVR zufolge über alle Banken hinweg zu. Dazu beigetragen habe die wirtschaftliche Erholung im Frühjahr. Die Jahreswachstumsrate der Kredite falle mit einem Minus von 2,1 Prozent allerdings noch negativ aus.

Weiterer Anstieg erwartet

Der geringere Kreditbestand ist laut BVR vor allem auf den gesunkenen Finanzierungsbedarf der Unternehmen zurückzuführen – angesichts des Wirtschaftseinbruchs im vergangenen Jahr. Für das Sommerquartal erwartet der BVR, dass der Kreditbestand aufgrund der verbesserten wirtschaftlichen Lage weiter anzieht und zum Jahresende wieder in den positiven Bereich dreht.

>>> [mehr](#)

◀ VERSICHERUNGEN ▶

Regierung erwartet 2011 keine Zusatzbeiträge

Gesetzlich Krankenversicherte können aufatmen: Die meisten Krankenkassen werden nach Einschätzung der Bundesregierung im kommenden Jahr keine Zusatzbeiträge erheben. Das sagte Bundesgesundheitsminister Philipp Rösler in einem Interview mit der Rheinischen Post. Ursprünglich habe die Regierung für 2011 ein Defizit von 11 Mrd. € erwartet, so

(u.a. mit Material von <http://www.mittelstanddirekt.de>)

Rösler: „Dieses werden wir ausgleichen können. Damit ist das System durchfinanziert.“ Ganz wollte sich der Minister im Interview allerdings nicht festlegen: „Ob eine Krankenkasse dennoch zusätzliche Zusatzbeiträge erheben muss, hat die Krankenkasse selbst zu entscheiden.“

>>> [mehr](#)

◀ **UNTERNEHMEN** ▶

Kunden achten stärker auf Preis-Leistungs-Verhältnis

Viele Unternehmen unterbieten sich gegenseitig im Preis. Dabei entscheidet derzeit vor allem das Preis-Leistungs-Verhältnis darüber, ob ein Kunde mit einem Anbieter zufrieden ist. Zu diesem Ergebnis kommt der „Kundenmonitor Deutschland 2010“, eine Umfrage unter mehr als 30.000 Kunden aus 30 Branchen. Demnach spielt das Preis-Leistungs-Verhältnis eine besonders große Rolle für Kunden von Autowerkstätten, Buchversendern, Gasversorgern, Internet- und Mobilfunk-Anbietern.

Nicht nur der Preis muss stimmen, auch die Leistung

„Viele Unternehmen richten ihre Konzepte zur Steigerung der Kundenzufriedenheit immer noch zu stark auf reine Preisvorteile aus“, sagte Studienleiter Matthias Metje. Dabei gehe es den Kunden weniger um den günstigsten Preis, als um eine Top-Leistung zu einem günstigen Preis.

>>> [mehr](#)

100.000 Familienunternehmen suchen einen Nachfolger

Zwischen 2010 und 2014 werden knapp 110.000 Familienunternehmen vor einem Nachfolgerproblem stehen. Das entspreche rund 3 % aller Familienunternehmen, wie aus einer Schätzung des Instituts für Mittelstandsforschung (IfM) Bonn hervorgeht.

Neun von zehn gehen in Ruhestand

Die meisten Übergaben stehen dem IfM Bonn zufolge in Bayern (24.100) und NRW (19.000) bevor, die

wenigsten in Bremen (800). Betroffen seien deutschlandweit 1,4 Millionen Beschäftigte. Der häufigste Übergabegrund sei das Erreichen des Ruhestandsalters. Fast neun von zehn Übertragungen (86 %) erfolgten aus diesem Grund. Es folgten Übergaben aufgrund von Tod (10 %) und Krankheit des Eigentümers (4 %).

>>> [mehr](#)

◀ **WIRTSCHAFT** ▶

Anhaltender Optimismus im Mittelstand

Das Geschäftsklima im Mittelstand bleibt nach dem Rekordanstieg im Juli weiter optimistisch. Allerdings trüben sich die Erwartungen leicht ein. Das gehe aus dem Mittelstandsbarometer der KfW und des Münchner ifo-Instituts hervor, berichtet das Handelsblatt.

Zwei gegenläufige Effekte

Allerdings beruht die positive Entwicklung laut Handelsblatt auf zwei gegenläufigen Effekten: So sei die Beurteilung der Lage im Mittelstand um 1,7 Zähler auf 25,4 Punkte weiter angestiegen. Dagegen hätten die Geschäftserwartungen um 1,8 Zähler auf 16,2 Punkte nachgegeben. Das deute den Wirtschaftsforschern zufolge auf eine perspektivische Abkühlung der Konjunktur im Mittelstand hin.

Es gebe aber keine Hinweise darauf, dass diese Entwicklung bereits eingesetzt habe. Laut KfW-Chefvolkswirt Norbert Irsch wirke der dynamische Impuls aus dem „sensationell guten“ zweiten Quartal noch in die zweite Jahreshälfte hinein.

Große Unternehmen noch optimistischer

Laut Handelsblatt ist die Stimmung bei den Großunternehmen sogar noch besser als im Mittelstand. Hier habe das Geschäftsklima um 1,3 Zähler auf nun 23,6 Punkte zugelegt. Im Gegensatz zum Mittelstand seien auch die Erwartungen mit 21,3 Punkten nahezu unverändert geblieben.

>>> [mehr](#)

WAS SONST NOCH WAR

Der WHKT (Westdeutscher Handwerkskammertag) hat einen neuen Präsidenten: **Willi Hesse** (68), Dachdeckermeister aus Arnsberg, ist neu gewählter Präsident des Dachverbandes der sieben NRW-Handwerkskammern. Er wird unterstützt und vertreten von **Hans Peter Wollseifen**, Präsident der HWK Köln und **Felix Kendziora**, Vizepräsident der HWK Aachen. Die AGSNRW hat gratuliert und wünscht viel Erfolg. +++ Die AGSNRW gratuliert weiterhin allen neu gewählten Sprechern in den Fachausschüssen des Landtages, darunter besonders **André Stinka** (Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz), **Thomas Eiskirch** (Wirtschaft, Mittelstand und Energie), **Thomas Stotko** (Innen) und **Karl Schultheis** (Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie) +++ Die neue Webpräsenz der SPD ist am 25.09., einen Tag vor dem Bundesparteitag in Berlin, ans Netz gegangen: Unter www.spd.de gibt es nun Möglichkeit, sich zu registrieren. Alle registrierten User können zunächst Artikel kommentieren und später eigene Blogs einrichten. Weitere Funktionen werden hinzukommen. Die Seiten der Arbeitsgemeinschaften werden bis zum Frühjahr 2011 in die neue Präsenz überführt. +++ Der Arbeitskreis „**Medien, Kommunikation und Netzpolitik**“ plant für den Beginn des Jahres 2011 eine Info-Veranstaltung zum Thema „Social Media für Unternehmen“. Web 2.0, Blogs, XING, Facebook, Twitter u. a. werden den inhaltlichen Rahmen bilden. Wer an der Planung der Veranstaltung mitarbeiten oder sich z. B. als Referent zur Verfügung stellen möchte, kann ab sofort Kontakt aufnehmen: michael.henke@ags-in-nrw.de.

Redaktionsschluss für die Oktoberausgabe der AGS:NACHRICHTEN ist der 22.10.2010.



TERMINE

Do., 30. SEPTEMBER 2010, 19:30 UHR

Bochumer AGS-Stamm
Themenschw... „Mittelstandsförderung“
Strätlingshof, Altenbochumer Str. 64, Bochum

ENTFÄLLT

SA., 02. OKTOBER 2010

Tag der türkischen Wirtschaft

Unter dem Motto „**Kreativität, Leidenschaft und Fleiß: Wirtschafts- und Integrationsfaktor Türkische Unternehmen**“ findet das Treffen deutscher und türkischer Unternehmerinnen und Unternehmer statt, mit Diskussionsrunden, Foren und Gesprächen. Weitere Informationen: ATIAD e.V. (Verband türkischer Unternehmer und Industrieller in Europa), Tel.: 0211 - 502121.
CongressCenter Düsseldorf

DI., 05. OKTOBER 2010, 18:30 UHR

Betriebsbesichtigung: Christliches Jugenddorfwerk Deutschland gGmbH (CJD)

Das CJD Herten ist ein dezentraler Verbund berufsbildender, sozialtherapeutischer und sozialer Einrichtungen. Es hat seinen Sitz mitten im Ruhrgebiet, in der ehemals größten Bergbaustadt Europas, die mit den direkt angrenzenden Städten Gelsenkirchen, Recklinghausen, Herne und Marl ein echtes Stück „Revier“ bildet. Alle die direkt zum CJD kommen wollen, erwarten wir um 18.20 Uhr vor Ort. Die Gelsenkirchener treffen sich, sofern sie wollen, um 17:50 Uhr vor dem August-Bebel-Haus, Gabelsbergerstraße 15. Wir bilden dann Fahrgemeinschaften. Weitere Infos über Eva-Maria Siuda (kontakt@eva-maria-siuda.de).
CJD, Pestalozzistraße 18, 45701 Herten

Alle aktuellen Veranstaltungshinweise finden sich auf unserer Webseite:

> www.ags-in-nrw.de/termine.htm

Bis zur nächsten Ausgabe

André Brümmer

AGS-Landesvorsitzender NRW

